



ADF c/o Fluglärmkommission • Postfach 600727 • 60337 Frankfurt

An die Vertreterinnen und Vertreter
der Presse

Vorsitzender

Bürgermeister Thomas Jühe, Raunheim
Tel.: 06142-402213 Fax: 06142-402228
E-Mail: th.juehe@raunheim.de

Geschäftsführerin

Anja Wollert, LL. M.
E-Mail: Info@flk-frankfurt.de
Fluglärmkommission Frankfurt
Postfach 60 07 27
60337 Frankfurt
Tel.: 069 / 97690-788

Frankfurt, 16. Januar 2014

Luftverkehrskonzept: BDL-Vorschläge zielen auf deutlich schlechteren Fluglärmschutz

**Einseitige Vorschläge der Luftverkehrswirtschaft dürfen nicht als Blaupause für
notwendige Überlegungen des Bundes und der Länder herangezogen werden**

Diese Überraschung ist der Luftverkehrswirtschaft gelungen. Trotz der anhaltenden Proteste in Frankfurt, München und Berlin und der bundesweiten öffentlichen Diskussion zur Verbesserung des Fluglärmschutzes gingen die Vertreter der Luftverkehrswirtschaft mit Vorschlägen für ein Luftverkehrskonzept an die Öffentlichkeit, die ganz überwiegend an der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit orientiert sind und die Situation der Fluglärm betroffenen weitgehend unberücksichtigt lassen.

Allem voran die Forderung, dass Nachtflugmöglichkeiten zur Bedienung der Verkehrsbedürfnisse garantiert werden sollen. Zwar nicht an jedem Flughafen und flächendeckend, allerdings sollen dafür „national bedeutende Fracht- und Passagierflughäfen“ vorab definiert und festgelegt werden, wo Nachtflüge erlaubt oder verboten werden sollen. Hier drängt sich die Frage auf, welche national bedeutenden Flughäfen im Bereich der Passage damit gemeint sind, wenn nicht zumindest Frankfurt, München, Berlin oder Düsseldorf? Zumal weiter gefordert wird, dass die Vorgaben für standortbezogene Betriebszeiten die Entwicklungspotentiale des Standortes nicht einschränken dürfen. Wie der Präsident des BDL, Klaus-Peter Siegloch, unterstreicht, sind mit den bedeutenden Frachtflughäfen zumindest Köln-Bonn und Leipzig gemeint. Für die Passagierflughäfen wird eine Benennung ausgespart. Gleichzeitig zur angekündigten Aufweichung von Nachtflugbeschränkungen fordert die Luftverkehrswirtschaft, dass bestehende Nachtflugmöglichkeiten keinesfalls weiter eingeschränkt werden dürfen, an dieser Stelle dann unabhängig von einer zuvor eingeforderten Bedarfsanalyse.

Fluglärm betroffene im ganzen Bundesgebiet waren von diesem neuerlichen Vorstoß der Luftverkehrswirtschaft entsetzt. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, dass nächtlicher Fluglärm krank machen kann. An den großen und gleichzeitig von Ausbauten oder Ausbauprojekten betroffenen Standorten Frankfurt, München und Berlin gibt es höchststrichlerlich bestätigte bzw. von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zugesicherte Versprechen zu Nachtflugbeschränkungen. „Eine Aufweichung der Nachtflugverbote an Flughafenstandorten mit hohen Flugbewegungszahlen innerhalb dicht



besiedelter Ballungsräume wird von uns scharf zurückgewiesen!“, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF), Thomas Jühe. „Schallschutzfenster können die Nachtruhe nicht hinreichend gewährleisten, wie wissenschaftliche Studien nachweisen“, so Jühe weiter.

„Bei aller Kritik an den einseitig die Luftverkehrswirtschaft begünstigenden Forderungen kann ein grundsätzlicher Ansatz nicht von der Hand gewiesen werden, der von uns auch unterstützt wird: Ja, wir brauchen ein strategisches Luftverkehrskonzept für Deutschland, das zwischen Bund und Ländern abgestimmt wird. Die ADF fordert seit langem die Erarbeitung eines solchen Konzepts, welches in eine verkehrsträgerübergreifende Bundesverkehrswegeplanung integriert werden sollte. Ziele sollten dabei jedoch sein, die Belastungen an solchen Flughäfen zu mindern, die mit hohen Flugbewegungszahlen innerhalb dicht besiedelter Ballungsräume liegen, hohe Subventionierungen einzelner Standorte zu vermeiden und insbesondere Kurzstreckenflüge auf weniger belastende Verkehrsmittel zu verlagern. In die Erarbeitung eines solchen Konzepts sind die Umweltverbände dann auch gleichberechtigt mit den Verbänden der Luftverkehrswirtschaft zu beteiligen“, unterstreicht Jühe.